

Die Linke Mecklenburg-Vorpommern
1. Tagung des 9. Landesparteitags
13. Juli 2024, Waren

Beschluss

In Frieden investieren, nicht in Krieg: Abrüsten, Verhandeln, Waffenexporte stoppen

Die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern stellt in Artikel 18a „Friedensverpflichtung, Gewaltfreiheit“ fest, dass alles staatliche Handeln dem inneren und äußeren Frieden dienen muss und Bedingungen geschaffen werden müssen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei gelöst werden können.

Diesem Grundsatz fühlen wir uns verpflichtet.

Die ausgerufene „Zeitenwende“ steht der Umsetzung des Grundsatzes unserer Landesverfassung jedoch mehr und mehr entgegen und greift immer mehr in alle Bereiche des Lebens ein.

Unsere Maxime aber war ist und bleibt eine konsequente Friedenspolitik!

Wir sind aufgerufen alles zu unternehmen, um aus der Kriegslogik auszubrechen.

Das heißt für uns auch, dass wir weiter solidarisch an der Seite der ukrainischen Bevölkerung und an der Seite der russischen Menschen, die sich dem Krieg verweigern, stehen.

Unsere Forderung bleibt, dass sich die russischen Truppen aus der Ukraine zurückziehen müssen. Zugleich aber muss die Internationale Gemeinschaft endlich diplomatische Initiativen entwickeln.

Strategielos die militärische Eskalation vorantreiben wird außer der militärischen Logik keine Antwort bringen.

Es braucht stattdessen einen Waffenstillstand und Debatten über eine Friedenslösung, um das Sterben zu beenden.

Das gilt auch für Israel und Palästina. Durch den brutalen Angriff der Hamas sind über 1000 Menschen ermordet worden. Die Taten sind durch nichts zu rechtfertigen und waren für jüdische Menschen weltweit traumatisch.

Dieses Leid kann aber keine Rechtfertigung für eine militärische Offensive sein, bei der tausende Zivilistinnen und Zivilisten ums Leben kamen.

Auch hier sind ein Waffenstillstand, das Ende von immer weiteren Waffenlieferungen und ein Einsatz für einen anhaltenden Waffenstillstand geboten.

Ebenso sprechen wir uns klar gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. Die aktuellen Pläne des Bundesverteidigungsministers die „Wehrfähigkeit“ von Jugendlichen zu erfassen und hierüber eine schrittweise Wiedereinführung der Wehrpflicht zu erreichen, deuten auf eine weitere teilweise zwanghafte Militarisierung der Gesellschaft, wir lehnen diese entschieden ab.

Wir müssen aus der Kriegslogik ausbrechen! Weltweit!

Als Linke werden wir diese Umkehr zur Friedenspolitik alleine nicht schaffen.

Aber wir können den dafür notwendigen Diskurs initiieren und unterstützen.

Der Landesparteitag ruft daher die Mitglieder des Landesverbandes Die Linke MV auf, sich in der wieder gegründeten LAG „Frieden und internationale Sicherheit“ zu engagieren und ggf. entsprechende Strukturen in den Kreisverbänden zu schaffen.

Der Landesvorstand wird aufgefordert, gemeinsam mit der LAG „Frieden und internationale Sicherheit“ die Tradition der „Ostseefriedenskonferenzen“ aufleben zu lassen und im Vorfeld der Bundestagswahlen 2025 eine solche Konferenz durchzuführen.

Der Landesparteitag spricht sich dafür aus, dass traditionelle Friedensfest in Graal-Müritz in den jährlichen Aktionsplan des Landesverbandes aufzunehmen